

Positionspapier: Abschaffung der Schuldenbremse

Einleitung

Die Schuldenbremse, 2009 im Grundgesetz verankert, sollte eine Begrenzung der staatlichen Neuverschuldung gewährleisten und die Haushaltsdisziplin stärken. In der aktuellen Lage zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass diese Regelung den notwendigen politischen Handlungsspielraum einschränkt, insbesondere in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie oder angesichts drängender Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und sozialer Ungleichheit. Die SPD Vogtland fordert daher die Abschaffung der Schuldenbremse, um langfristig in eine zukunftsfähige Gesellschaft investieren zu können.

1. Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Die Schuldenbremse hemmt die notwendigen öffentlichen Investitionen in zentrale Bereiche wie Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung. Diese Felder sind jedoch entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und erfordern hohe finanzielle Mittel, die ohne flexible Haushaltsführung nicht zur Verfügung stehen. Die Rückkehr zur "schwarzen Null" würde bedeuten, diese wichtigen Investitionen zu vernachlässigen und so den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zu gefährden.

Forderung: Die Abschaffung der Schuldenbremse ermöglicht es dem Staat, verstärkt in die Zukunft zu investieren, um die Herausforderungen von morgen zu meistern.

2. Finanzpolitischer Handlungsspielraum in Krisenzeiten

Krisen wie die Corona-Pandemie, die Energiekrise oder die Klimakatastrophe haben gezeigt, dass der Staat handlungsfähig bleiben muss, um gezielte Konjunkturprogramme und Maßnahmen zur Krisenbewältigung finanzieren zu können. Die Schuldenbremse begrenzt diesen Handlungsspielraum erheblich. Während kurzfristige Ausnahmen wie die Aussetzung der Schuldenbremse im Zuge der Pandemie möglich sind, reicht dies nicht aus, um flexibel auf zukünftige Krisen zu reagieren.

Forderung: Der Staat muss in Krisenzeiten schnell und umfassend reagieren können. Dafür braucht es finanzielle Flexibilität, die durch die Abschaffung der Schuldenbremse erreicht wird.

3. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit

Die Schuldenbremse hat in den vergangenen Jahren vor allem dazu geführt, dass notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur nicht im nötigen Umfang getätigt wurden. Dies hat soziale Ungleichheiten verstärkt und insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen getroffen. Um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern, braucht es öffentliche

Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung.

Forderung: Die Abschaffung der Schuldenbremse schafft die Grundlage für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellt.

4. Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen und die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, sind hohe Investitionen in erneuerbare Energien, den Ausbau der Infrastruktur sowie in Forschung und Innovation erforderlich. Die Schuldenbremse stellt jedoch ein Hindernis dar, um die finanziellen Mittel bereitzustellen, die für die Umsetzung eines sozial-ökologischen Wandels notwendig sind.

Forderung: Klimaschutz braucht Investitionen. Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eine Voraussetzung, um die dringend erforderlichen Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel umzusetzen.

5. Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Deutschland steht im globalen Wettbewerb; und um weiterhin eine führende Rolle einzunehmen, muss in Forschung, Technologie und Innovation investiert werden. Viele andere Länder agieren hierbei wesentlich flexibler und investieren gezielt in ihre Zukunft. Eine starre Schuldenregelung, die diesen Investitionsbedarf blockiert, kann langfristig Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb schwächen.

Forderung: Deutschland braucht eine moderne Finanzpolitik, die es ermöglicht, wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Abschaffung der Schuldenbremse ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

6. Nachhaltige Schuldenpolitik statt Sparzwang

Die Abschaffung der Schuldenbremse bedeutet nicht, dass eine verantwortungsvolle Haushaltsführung aufgegeben wird. Vielmehr geht es darum, eine nachhaltige Schuldenpolitik zu verfolgen, die sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Interessen der Gesellschaft berücksichtigt. Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik muss in der Lage sein, Schulden in sinnvolle, wachstumsfördernde Investitionen umzuwandeln, anstatt einem dogmatischen Sparzwang zu folgen.

Forderung: Eine nachhaltige Schuldenpolitik ersetzt den dogmatischen Sparzwang der Schuldenbremse. Investitionen in die Zukunft sind die beste Form der Vorsorge.

Fazit

Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eine notwendige Voraussetzung, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Nur mit einem flexibleren Haushaltsrahmen können die drängenden Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Gerechtigkeit, Digitalisierung und internationale Wettbewerbsfähigkeit angegangen werden. Eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Finanzpolitik darf nicht auf kurzfristige Sparmaßnahmen setzen, sondern muss langfristig in die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft investieren.

Die SPD Vogtland spricht sich daher klar für die Abschaffung der Schuldenbremse aus und ruft zur offenen Diskussion über eine moderne und nachhaltige Finanzpolitik auf.